



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN  
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX  
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI  
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

**Embargo: 25. März 2004, 10.00 Uhr**

Europapolitische Standortbestimmung der Kantone

## **Präzisierung der Europapolitik unerlässlich**

**Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vom 12. März 2004 diskutierte einen europapolitischen Strategiebericht der Arbeitsgruppe Europa Reformen Kantone (EuRefKa). Dabei kam zum Ausdruck, dass die Kantonsregierungen ein aktives europapolitisches Engagement der Kantone befürworten und gleichzeitig den Bundesrat auffordern, seine europapolitische Strategie in der laufenden Legislaturperiode zu präzisieren. Diese Strategie kann zudem nicht auf den Alleingang der Schweiz in Europa abzielen, sondern es müssen Wege der Zusammenarbeit mit der EU gesucht werden.**

Im Auftrag der KdK hat die Arbeitsgruppe EuRefKa ein europapolitisches Strategiepapier aus Sicht der Kantone erarbeitet. Das Strategiepapier war zwischen November 2003 und Januar 2004 Gegenstand einer Vernehmlassung bei allen 26 Kantonsregierungen. An der Plenarversammlung vom 12. März 2004 haben die Kantonsregierungen von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen und das Strategiepapier verabschiedet.

Auf der Grundlage der Stellungnahmen der Kantonsregierungen lässt sich zunächst der Schluss ziehen, dass die Kantone die Entwicklung einer eigenständigen europapolitischen Strategie als notwendig erachten. Diese muss sich allerdings an den innen- und aussenpolitischen Rahmenbedingungen orientieren. Die Strategie kann zudem nicht auf einen Alleingang der Schweiz in Europa abzielen, sondern es müssen Wege der Zusammenarbeit mit der EU gesucht werden.

Was die Form der Zusammenarbeit mit der EU betrifft, sind die Kantonsregierungen sehr skeptisch, ob der bilaterale Weg mittel- und längerfristig geeignet ist, die vielfältigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu regeln. Die Kantonsregierungen sind daher der Auffassung, dass sowohl die Vor- und Nachteile des bilateralen Wegs als auch eines EU-Beitritts einer vertieften Analyse bedürfen.

Vom Bundesrat erwarten die Kantonsregierungen, dass er in der laufenden Legislatur seine im Aussenpolitischen Bericht 2000 letztmals skizzierte Europapolitik sowohl

inhaltlich als auch zeitlich präzisiert.

Grossmehrheitlich sind die Kantonsregierungen schliesslich der Auffassung, dass eine optimierte KdK das geeignete Mitwirkungsorgan der Kantone in der Europapolitik des Bundes ist.

Bern, 25. März 2004

**Weitere Auskünfte erteilen:**

- Regierungsrat Hans Martin Tschudi, Vorsitzender EuRefKa (Tel. 061 267 80 45)
- Regierungsrat Georg Hess, Mitglied EuRefKa (Tel. 079 469 20 07)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 031 320 30 00)
- Roland Mayer, Leiter Bereich Aussenpolitik, Sekretariat KdK (Tel. 031 320 30 00)

*In der Arbeitsgruppe EuRefKa wirken mit:*

- *Regierungsrat Hans Martin Tschudi (BS), Vorsitz*
- *Regierungsrätin Kathrin Hilber (SG)*
- *Regierungsrat Georg Hess (SZ)*
- *Regierungsrat Markus Notter (ZH)*
- *Prof. Augustin Macheret (FR)*
- *Staatsschreiber Kurt Nuspliger (BE)*
  
- *Canisius Braun (Sekretär KdK)*
- *Roland Mayer (Leiter Bereich Aussenpolitik, Sekretariat KdK)*
- *Felix Imhof (wiss. Mitarbeiter Bereich Aussenpolitik, Sekretariat KdK)*